

INTERNATIONALAKTUELL



Venezuela: Land in der Abwärtsspirale



Venezuelas Wirtschaftsgeschichte ist eigentlich reich an Superlativen. Kein Land der Welt hat größere Erdölreserven. Bis vor einigen Jahren galt es zudem als das reichste Land Lateinamerikas.

Aktuell ist das Land aber in einer tiefen Wirtschaftskrise. Sie trifft Unternehmen und Bürger des Landes mit voller Härte. Selbst Nahrungsmittel und Medikamente sind nicht mehr ausreichend verfügbar. Viele Waren des täglichen Bedarfs sind rationiert, lange Schlangen vor den nahezu leeren Supermärkten sind ein alltäglicher Anblick. In einer der fruchtbarsten Regionen der Erde leiden die Menschen unter einem extremen Mangel in der Grundversorgung. Die Unternehmen leiden vor allem unter der Zahlungsunfähigkeit des Staats, unter einer wuchernden Korruption und unter den sehr restriktiven Importbedingungen.

Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren kontinuierlich geschrumpft, allein 2016 um 18 Prozent. Ein Ende der Abwärtsspirale ist derzeit nicht abzusehen. Reallöhne und Kaufkraft befinden sich im freien Fall. Dazu kommt eine galoppierende Geldentwertung: für 2017 prognostiziert der Internationale Währungsfond eine Inflation von 720 Prozent – ein trauriger Superlativ.

■ Erdöl: Segen oder Fluch?

Auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gibt es kurzfristig kaum eine Aussicht. Denn Wohl und Wehe Venezuelas hängen von einem einzigen Rohstoff ab: Erdöl. Bereits 2013 hatte Öl einen Anteil von über 85 Prozent am Gesamtexport des Landes, weitere 12 Prozent entfielen auf Erdölprodukte. Der gesunkene und anhaltend niedrige Ölpreis hat die Schwächen der Wirtschaft des Landes offengelegt: die Unfähigkeit, die Wertschöpfung weg vom Öl zu diversifizieren. Hinzu kommt noch eine Wirtschaftspolitik, die privatwirtschaftliches Engagement mit äußerstem Misstrauen sieht.

■ Subventionen und Sozialismus

Die Wirtschaft wird seit der Machtübernahme durch Hugo Chavez 1998 immer stärker staatlich gelenkt. Schlüsselindustrien wurden enteignet und verstaatlicht. Diese Politik setzt Chavez' Nachfolger, Präsident Nicolas Maduro, seit 2013 fort. Viel stärker als andere Länder der Region setzt Venezuela auf staatliche Subventionsprogramme zur Bekämpfung der seit jeher hohen Armutsquote. So sind z. B. Grundnahrungsmittel und Benzin stark subventioniert und werden zu Preisen verkauft, die theoretisch jedem den Erwerb ermöglichen sollen.

Dieses Wirtschaftsmodell wurde durch die sehr hohen Einnahmen im Ölgeschäft gestützt – bis 2014. Venezuela galt, trotz struktureller Defizite, bei einigen als bedenkenswertes Modell eines wirtschaftlichen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Orientiert am Beispiel Venezuelas, setzten sich auch in Nicaragua und Bolivien linksgerichtete Regierungen durch, die, wie auch Kuba, durch die Lieferung von verbilligtem Erdöl aus Venezuela gestützt werden.

■ Zusammenbruch auf Raten

Durch den Ölpreisverfall haben sich die Exporteinnahmen des Landes in den letzten Jahren nahezu gedrittelt. Die zahlreichen Enteignungen von Unternehmen haben den Staat in eine Position gebracht, aus der heraus er die Wirtschaft des Landes beherrscht. Die Investitionen in die Modernisierung blieben aber aus, da durch den hohen Ölpreis bis 2014 genug Substanz für Umverteilungen da war. Die starre Beibehaltung der Subventionspolitik trotz sinkender Einnahmen führte dazu, dass die Staatswirtschaft in eine gefährliche Abwärtsspirale geraten ist. Dazu kommt eine verfehlte Bodenreform: Venezuela liegt in einer der klimatisch fruchtbarsten Zonen der Welt. Trotzdem müssen fast alle

Lebensmittel importiert werden. Denn die landwirtschaftliche Produktivität ist unter der staatlichen Regie stark gesunken, ein kostendeckender Anbau ist nahezu unmöglich.

Auch die industrielle Produktion ist praktisch zum Erliegen gekommen. Rohstoffe und Halberzeugnisse können nicht mehr importiert werden: Da die verbliebenen Unternehmen kaum US-Dollar exportieren dürfen, können sie keine Rechnungen im Ausland begleichen. Ein fast allumfassender Lieferstopp ist die unmittelbare Folge und verschärft die wirtschaftliche Situation.

■ Investoren verlassen das Land

Für deutsche Unternehmen ist das einstmals reichste Land Lateinamerikas zurzeit äußerst schwierig zu bearbeiten. Viele haben dem andauernden Chaos zwischenzeitlich den Rücken gekehrt. Das deutsch-venezolanische Handelsvolumen hat sich seit 2012 dramatisch verringert. Es ist von 1,46 Mrd. Euro (2012) auf 400 Millionen Euro (2016) zurückgegangen. Beim deutschen Export, der 2016 noch ca. 250 Millionen Euro betrug, liegen Maschinen (28,3 Prozent) und Arzneimittel (15,6 Prozent) vorne.

Die ausländischen Unternehmen, die noch im Land sind, halten in der Regel nur eine minimale Präsenz aufrecht. Derzeit sind noch etwa 50 bis 70 Unternehmen mit deutschem Kapital in Venezuela aktiv: Die Tendenz ist weiter fallend. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen scheint die Lage im Moment ohne Perspektiven. Große Unternehmen, insbesondere aus dem Maschinenbau, haben im Erdölsektor vereinzelt noch Chancen auf Aufträge.

■ Wie geht es weiter?

Venezuela steckt in einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise. Die Spaltung der Bevölkerung bricht sich in teils bürgerkriegsähnlichen Zuständen Bahn. In dieser Situation ist es für das Land

äußerst schwierig, wirtschaftlich wieder Tritt zu fassen. Für kaum ein anderes Land der Welt ist es derzeit schwieriger, Voraussagen zu treffen. Aber: Trotz allem muss Venezuela seine Schlüsseltechnologien in Betrieb halten. Dies gilt insbesondere für den Sektor der Ölförderung, aber auch für die Energieversorgung. Der Innovationsstau in beiden Branchen ist erheblich. Wenn die Regierung noch in der Lage ist zu investieren, dann tut sie es in diesen beiden Sektoren. Hier liegen sogar vereinzelte Chancen für Unternehmen aus den entsprechenden Branchen der Zulieferungsindustrie.

Die extreme Mangelwirtschaft bietet zudem für Handelsunternehmen, die bereit sind, Risiken zu tragen und lange Zahlungsziele in Kauf zu nehmen, gute kurzfristige Chancen. Dies gilt für den Lebensmittel- und, mit kleineren Volumina, auch für den Konsumgütersektor.

Es ist allerdings unmöglich, derzeit für Venezuela-Geschäfte Exportkreditgarantien zu bekommen. Dementsprechend kann die Absicherung und Durchführung von Geschäften, insbesondere mit der Regierung, eine Herausforderung sein.

Die Sicherheitslage bleibt extrem angespannt. Die deutsche Auslandshandelskammer vor Ort sollte vor Aufnahme einer Geschäftstätigkeit erster Ansprechpartner sein.

Sollte es zu einem Regierungswechsel kommen, bleibt es weiterhin schwierig, die wirtschaftliche Entwicklung vorauszusagen. Das Land hat sich in den letzten Jahren hoch und vor allem sehr langfristig verschuldet, so dass ein schneller Turnaround kaum möglich erscheint.

Viel hängt zudem vom Verhältnis Venezuelas mit den USA ab: Mit einem Anteil von über 25 Prozent am Gesamtexport sind die USA wichtigstes Abnehmerland des Ölgiganten. Sollte auf die Sanktionsdrohungen tatsächlich ein Kaufstopp für venezolanisches Erdöl folgen, dann dürfte die Zahlungsfähigkeit nicht mehr zu vermeiden sein.

Aber: Sollte der Ölpreis nachhaltig steigen, kann das gegenwärtige Regime in entsprechendem Umfang Mehreinnahmen generieren, zu seiner Subventionspolitik vergangener Zeiten zurückkehren und sich dadurch stabilisieren.

Venezuela: das bleibt spannend. Das Risiko ist extrem hoch, die Volatilität ebenfalls. Wegen des immensen technologischen Nachholbedarfs und einer, wenn auch geringen, Chance auf wirtschaftspolitische Reformen darf man das Land trotzdem nicht völlig abschreiben.

Ansprechpartner:

Herr Dr. Mark Heinzl

Tel.: 030 20308-2308

E-Mail: heinzl.mark@dihk.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Breite Str. 29, 10178 Berlin

Der DIHK informiert mit "DIHK International Aktuell" zeitnah über internationale Entwicklungen, die für die deutsche Wirtschaft von Bedeutung sind. Dieses Format enthält die Einschätzung des DIHK und erläutert in knapper Form den aktuellen Stand und die Hintergründe.